

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 11,00 Zł., monatlich 3,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 3,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 11,58 Zł., monatlich 3,86 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 6 Zł., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,5 R.-Mk. — Einzelnummer 20 Gr., Sonntags 25 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelle 30 Groschen, die 90 mm breite Reklameweile 150 Groschen, Danzig 20 bz. 100 Pa. Bf., Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plagvorschritt und schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 847.

Nr. 107.

Bromberg, Mittwoch den 12. Mai 1926.

33. (50.) Jahrg.

Das dritte Kabinett Witos.

Die Nationalen Minderheiten und der Linksbund in scharfer Opposition.

Der Regierung bleiben erhalten: Stanislaw Grabski, der Kultusminister gegen die Minderheiten und Finanzminister Dzieduchowski, der Liebling der Steuerzahler.

Die Regierung hat keinen Platz: für Aleksander Strzyski den anerkannt besten Diplomaten Polens und für General Zeligowski, den Freund Pilsudski.

Warschau, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bauernführer Witos hat die ihm durch den Staatspräsidenten zum dritten Male anvertraute Mission am gestrigen Montag durchzuführen können. In Linkskreisen behauptet man, daß der Staatspräsident eigentlich gezwungen worden sei, den ehemaligen Premier Grabski fallen zu lassen, man habe Wojciechowski sowohl von Rechts- als auch von Zentrumskreisen mit einer Staatspräsidentenkrise gedroht. Der Staatspräsident ließ sich einschüchtern und sich zur Bildung eines zentro-rechten parlamentarischen Kabinetts überreden, das ohne die Unterstützung der monarchistischen Christlich-Nationalen im Sejm über keine Mehrheit verfügt. Die Koalition setzt sich aus den National-Demokraten, den Christlich-Demokraten, der liberalen Bauernpartei „Piast“ und der Nationalen Arbeiterpartei zusammen. Witos hat die Tür nach links insofern offen gelassen, als er das Außen-, das Kriegs-, das Arbeits- und das Ministerium für öffentliche Arbeiten nur provisorisch besetzte.

Das Kabinett hat folgendes Aussehen:

- Ministerpräsident: Wincenty Witos (Piast).
- Innenminister: Stefan Smolki (Christl. Dem.).
- Kriegsminister: Divisionsgeneral Juliusz Malczewski, Kommandant des Warschauer 1. Armeekorps.
- Finanzminister: Jerzy Dzieduchowski (Nat. Dem.).
- Außenminister: Vizeminister im Außenministerium Kajetan Dzierzykraj-Morawski.
- Kultusminister: der bisherige Kultusminister Stanislaw Grabski (Nat. Dem.).
- Justizminister: der bisherige Justizminister Piechocki (Christl. Dem.).
- Handelsminister: der bisherige Handelsminister Dwiecki (Piast).
- Landwirtschaftsminister: der bisherige Landwirtschaftsminister Kiernik (Piast).
- Eisenbahnminister: der bisherige Eisenbahnminister Adam Chodzinski (Nat. Arbeiterpartei).
- Minister für öffentliche Arbeiten: Unterstaatssekretär Ingenieur Mieczyslaw Rybczynski.
- Arbeitschutzminister: Ingenieur Jan Zankowski.
- Bodenreformminister: Jozef Radwan.

Der Staatspräsident hat die Kabinettsliste, die ihm Witos gestern nachmittags 2 Uhr überreichte, unterzeichnet. Damit ist das neue Kabinett nach einer fünfjährigen Krise endgültig zustande gekommen. Die Linksparteien und die nationalen Minderheiten werden ihm strengste Opposition anlagen. Witos will aber versuchen, durch verschiedene Versprechungen die Unterstützung der Juden zu gewinnen. Es werden wahrscheinlich wieder nur Versprechungen sein, auf deren Erfüllung man genau so warten muß, wie auf die Einhaltung des mit Wladyslaw Grabski geschlossenen Paktes.

Von unterrichteter Seite verlautet, daß Witos dem Grafen Aleksander Strzyski das Außenministerium noch zweimal angeboten hat. Strzyski hat es abgelehnt, in einem zentro-rechten Kabinett einen Ministerposten zu übernehmen. Man suchte darauf den polnischen Gesandten in Bukarest Grafen Wielowiejski für die Leitung des Außenministeriums zu gewinnen, doch auch er sagte es wegen der Befehle des Innenministeriums fand ein heftiger Kampf statt. Sowohl die Piasten als auch die Nationalen Arbeiterpartei wollten durchaus nicht zulassen, daß das Innenministerium von einem Manne der Christlich-Demokraten besetzt werde. Der Sejmarschall Rataj wurde von dem Zustandekommen der zentro-rechten Mehrheit und daß der Staatspräsident den Abgeordneten Witos der Kabinettsbildung beauftragt hatte, vorgestern offiziell nicht benachrichtigt. Es bestätigte sich übrigens, daß Wladyslaw Grabski am Sonntagabend die ihm anvertraute Mission in die Hände des Staatspräsidenten zurücklegte, als Marschall Pilsudski ihm in der Unterredung vor dem Staatspräsidenten erklärt hatte, daß er selbst an dem politischen Leben keinen Anteil nehmen wolle, da er seine Tätigkeit nur auf die Armee beschränken möchte.

In einer Unterredung soll Witos einem Pressevertreter gegenüber sehr charakteristische Bemerkungen gemacht haben. Er erklärte u. a.: „Wäre doch Pilsudski aus der Verborgenheit herausgetreten, eine Regierung bilden, mit einem Programm vor den Sejm treten, mit der Faust auf den Tisch schlagen — und regieren.“

Als der Interviewer auf die Möglichkeit einer Obstruktion im Sejm hinwies, erklärte Witos: „Nun, dann soll er eben“

mit der Faust auf den Tisch schlagen

und die Obstruktion behandeln, wie sie es verdient. Tritt Herr Pilsudski aus der Verborgenheit nicht heraus und nimmt er die Zügel nicht in seine Hand, so geht es ihm keineswegs um die Besserung der Zustände im Lande.“ Der Interviewer wandte ein, daß der Marschall Pilsudski vom Staatspräsidenten keine Mission zur Regierungsbildung erhalten habe. Darauf Witos: „Was schadet das? Dann soll er sich die Mission aus dem Belvedere holen. Er bequeme sich dorthin doch auch schon mit anderen Sachen und bei anderen Gelegenheiten.“ Auf die Anfrage, was darauf die Rechte jagen würde, rief Witos aus: „Was geht Pilsudski die Rechte oder die Linke an? Er allein hat in Polen die Macht, die niemand besitzt. Er hat das Militär hinter sich. Hätte ich es, dann wäre ich nicht einen Augenblick, die Regierung zu bilden, selbst wenn mir nicht einer, sondern die Hälfte der Minister abfallen würde.“ Die Frage des Journalisten, was Witos in dem Falle tun würde, wenn Marschall Pilsudski die Regierung gebildet hätte, beantwortete Witos folgendermaßen: „Würde ich das Programm einer starken Regierung vernachlässigen, so wäre ich der erste, der dem Marschall die Hände zur herlichen Beglückwünschung entgegenstrecken würde.“ Auf den Einwand, daß es schade wäre, wollte sich Witos nur auf die Bealückwünschung beschränken, sagte Witos: „Die Ungeheuerlichkeit der Fragen des gegenwärtigen polnischen Lebens erfordert die Mitarbeit mehrerer Leute.“

Witos schwebte hier also ein Direktorium vor.

Als der Journalist auf die Zusammenarbeit zwischen Witos und dem Marschall Pilsudski zu sprechen kam, erklärte der Bauernführer: „Es ist nötig, daß er (der Marschall) etwas tut oder zumindest etwas beginnt. Außenparlamentarische Regierungen, die auf der einen Seite von der Rechten, auf der andern von der Linken geschlagen werden, werden vom Sejm gestützt und vielleicht nicht allein die Regierung. Die Entwicklung der Krise kann einen ganz anderen Verlauf nehmen, vielleicht viel ernstere Konsequenzen zeitigen.“

Diese Bemerkung wird als eine deutliche Drohung gegen den Staatspräsidenten Wojciechowski

gedeutet. Er sollte zur Resignation gezwungen werden, wollte er ein Beamtenkabinett erzwingen.

Der Linksbund gegen die neue Regierung.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 11. Mai. Gestern nachmittags trat der Linksbund zu einer Sitzung zusammen, um zu der neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Er faßte den Beschluß, die Regierung Witos auf das Schärfste zu bekämpfen, da sie eine Regierung der Ausnutzung der arbeitenden Klassen und der Niederlage auf außenpolitischem Gebiet sein werde. Zum Wiederaufbau der Wirtschaft werde sie unfähig sein; sie gebe auch keine Garantie, daß sie die Moral im staatlichen Leben Polens bessern kann. Der Linksbund werde über die Rechte des Volkes und die Zukunft des Staates wachen.

Die nächste Sejmigung wurde auf den 19. Mai, nachmittags 5 Uhr, festgesetzt. In dieser wird Witos in einem Exposé das Programm der neuen Regierung darlegen.

Ueber die neuen Minister

ist kurz mitzuteilen, daß der Innenminister Smolki als ein Gegner jeder Ausgleichspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten bekannt ist. Im übrigen will er die Lösung des Minderheitenproblems dem Vizeminister Zwierzycki übertragen, der ein Vertrauensmann der Nationaldemokraten ist. Der Leiter des Außenministeriums Morawski war schon unter Strzyski längere Zeit Vizeminister in diesem Ministerium. Er kennt die außenpolitische Richtung Strzyski's gut, und er wird wahrscheinlich den Weg zu beschreiten suchen, den Strzyski in seiner Außenpolitik gegangen ist. Doch besitzt er keine Autorität und dürfte bald zu einem Spielball der Nationaldemokraten werden, denen die Außenpolitik Strzyski's immer mißfallen hat. Im diplomatischen Korps hat das Abtreten Strzyski's große Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet, daß Polen seine Außenpolitik ändern werde, was dem Lande zum großen Schaden gereichen dürfte. Es sind sogar phantastische Gerüchte über eine diplomatische Demarche im Umlauf.

Der neue Leiter des Kriegsministeriums, General Malczewski, ist ein früherer österreichischer Offizier, zuletzt war er Führer des Warschauer Armeekorps. In Linkskreisen erzählt man sich, daß er sich bei einem kürzlich durchgeführten Kriegsspiel nicht gerade ausgezeichnet habe und daß sich deshalb der Generalstab mit dem Gedanken getragen habe, ihn aus dem aktiven Dienst zu entlassen. Der Rechten war er ein geeignetes Werkzeug zum Kampfe gegen Marschall Pilsudski.

Pilsudski erklärte in einem Interview, daß die neue Regierung zu einer Desorganisation in der Armee führen werde. Sie sei dieselbe Regierung, die ihm vor drei Jahren nach dem Leben getrachtet habe, was ihn damals veranlaßte, dem politischen Leben den Rücken zu kehren.

Der Stand des Floty am 11. Mai:

In Danzig: Für 100 Floty 48,60
In Berlin: Für 100 Floty 39,35
(beide Notierungen vorläufig)

Bank Politi: 1 Dollar = 10,17
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 10,65-10,70.

Schlechte Aussichten für Witos.

Warschau, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Schon am Montag, dem ersten Tage der Regierungsbildung, wurde in hiesigen politischen Kreisen erklärt, daß das Kabinett Witos ein totgeborenes Kind sei, da es keine zuverlässige Mehrheit auf sich vereinigen werde, auf die Witos rechne. Außerdem habe Witos einen scharfen Kampf von Seiten der Linksparteien zu erwarten, die mit der Befetzung des Außen-, des Kultus- und des Kriegsministeriums nicht zufrieden sind. Wie in gut unterrichteten Kreisen behauptet wird, soll der neue Kriegsminister schon am Dienstag seine Demission einreichen.

Wer hat in Polen regiert?

13 Kabinette mit 139 Ministern.

13 Kabinette hat Polen bis heute gehabt; das 14. soll gebildet werden. Es dürfte angehts der neuen Regierungskrise nicht uninteressant sein, sich noch einmal vor Augen zu führen, welche Regierungen den Polnischen Staat von November 1918 bis zum gegenwärtigen Augenblick verwaltet haben. Die Liste stellt sich wie folgt dar:

1. Jędrzej Moraczewski vom 18. November 1918 bis 16. Januar 1919.
2. Ignac Paderewski vom 16. Januar 1919 bis 9. Dezember 1919.
3. Leopold Skulski vom 13. Dezember 1919 bis 23. Juni 1920.
4. Wladyslaw Grabski vom 23. Juni 1920 bis 24. Juli 1924.
5. Wincenty Witos vom 24. Juli 1920 bis 19. September 1921.
6. Antoni Ponikowski vom 19. September 1921 bis 5. März 1922.
7. Antoni Ponikowski vom 10. März 1922 bis 6. Juni 1922.
8. Artur Sliwinski vom 28. Juni 1922 bis 7. Juli 1922.
9. Julian Nowak vom 31. Juli 1922 bis 14. Dezember 1922.
10. Wladyslaw Sikorski vom 16. Dezember 1922 bis 26. Mai 1923.
11. Wincenty Witos vom 28. Mai 1923 bis 15. Dezember 1923.
12. Wladyslaw Grabski vom 19. Dezember 1923 bis 13. November 1925.
13. Aleksander Strzyski vom 20. November 1925 bis 5. Mai 1926.
(vom 20. April 1926 an war das Kumpfkabinett Strzyski am Ruder).

Das Kabinett Moraczewski demissionierte vor dem Zusammentritt des ersten (verfassunggebenden) Sejm. In den darauf folgenden Kabinetten blieben an der Spitze nur fünf Abgeordnete, und zwar: Paderewski, Skulski, W. Witos (zweimal), W. Grabski (in seinem ersten Kabinett). Eine parlamentarische Grundtatsache im engeren Sinne dieses Wortes hatten zwei Koalitionsregierungen (die erste Regierung Witos und das Kabinett Strzyski), außerdem die Regierung Chjena-Piast, d. h. die zweite von Witos geleitete Regierung.

Im Laufe von 2725 Tagen amtierten also 13 Kabinette; durchschnittlich überdauerte jede Regierung in Polen 210 Tage. Die kürzeste Dauer hatte das VIII. Kabinett Artur Sliwinski's, dem schon nach neun Tagen das Lebenslicht ausgeblasen wurde. Weiter folgten das Kabinett IV Wladyslaw Grabski's mit 92 Tagen, die Regierung Moraczewski mit 60 Tagen, das Kabinett VII Ponikowski's mit 88 Tagen, die Regierung IX Nowak mit 137, die Regierung X Wladyslaw Sikorski's mit 162, das Kabinett VI Ponikowski's mit 167, die Regierung Aleksander Strzyski's mit 168, die Regierung III Leopold Skulski's mit 194, das Kabinett XI, an deren Spitze Wincenty Witos stand, 202, die Regierung II Ignac Paderewski's 327, das Kabinett V, dem abermals Wincenty Witos vorstand, 416 und endlich die Regierung XII, die wiederum Wladyslaw Grabski zustande brachte und deren Leitung er behielt. Dieser Regierung war die längste Lebensdauer beschieden; sie währte 696 Tage.

Den häufigsten Personenwechsel in der Leitung machte das Ministerium für Industrie und Handel durch. In diesem Ministerium wechselten die Minister in der erwähnten Zeit fünfzehnmal. Es folgten die Ministerien des Innern, des Aßern, des Kultus, der Finanzen und der Landwirtschaft, wo die Minister dreizehnmal wechselten. Im Eisenbahn- und dem Justizministerium wurden die Minister einmal, im Ministerium für öffentliche Arbeiten zehnmal, im Arbeitsministerium neunmal, im Kriegs- und im Versorgungsministerium achtmal, im Ministerium für Landreform, dem Ministerium für Posten und Telegraphen, sowie in dem Ministerium für das ehemals preussische Teilgebiet fünfmal durch andere Leiter ersetzt. Die Leitung im Ministerium für Gesundheitswesen und im Ministerium für Kultur und Kunst hat nur drei Veränderungen erfahren.

Über die Bedeutung des häufigen Wechsels auf den Ministerposten kann man sich nur dann einen Begriff machen, wenn der Zeitraum des Amtierens der einzelnen Ministerien in Betracht gezogen wird. Dies betrifft in erster Linie diejenigen Ministerien, die liquidiert wurden und dann das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das erst am 6. Juli 1923 gebildet wurde. Liquidiert wurden folgende Ministerien:

Das Ministerium für Lebensmittelversorgung am 7. Juli 1921, das Ministerium für Posten und Telegraphen am 5. Dezember 1923, das Gesundheitsministerium am 18. Januar 1924, das Ministerium für Kultur und Kunst am 17. Februar 1922, sowie das Ministerium für das ehemals preussische Teilgebiet, das vom 1. August 1919 bis zum 7. April 1922 bestand.

Im ganzen hat es in Polen bis heute 139 Minister gegeben. Nennen wir die Namen der Minister: Darowski, siebenmal Raczyński und Sołkowski, sechs- mal Grabki und Rutkowski, viermal Besniewski und Ślimski, Sobolewski und Zagórny-Marunowski, drei- mal Bartel, Grabki, Jastrzebski, Kamiński, Kucharski, Lopużanski, Małowski, Moszczyński, Nowy, Pępowy, Raczyński, Struminski, Strzyński, Stefiński, Straszburger, zwei- mal Czarnowski, Węsarz, Jwanowski, Janicki, Kierulff, Lunde, Lopużanski, Michalski, Peraz, Piskiewski, Antoni, Moraczewski, Nowodworzki Stanislaw, Ostrowski Antoni, Pfeck, Ponikowski, Pruchnik Józef, Radwan, Rybczyński, Sapieha Eustachy, Seyda Władysław, Sikorski Władysław, Skulski, Stojński, Sypulski, Tugutt, Tokoczek, Trzcinski, Witos, Wojciechowski, Wroczyński, Wybicki und Ziemięcki. Die anderen 84 Herren waren nur einmal Minister.

Eine Ehrenrettung für Marschall Piłsudski.

Wie der Warschauer Korrespondent der 'Kodex', 'Kun- blick' erzählt, haben einige hundert Offiziere wegen des vom Senatsmarschall Trampezyński gegen den Marschall Piłsudski gerichteten Angriffs Veranlassung genommen, sich auf dem Dienstwege an den Staatspräsidenten mit der Bitte zu wenden, gegen die Untergrabung der Autorität des ehemaligen Obersten Befehlshabers Stellung zu nehmen. Eine ganze Anzahl Generale wandten sich in derselben Angelegenheit an den Vizepräsidenten mit der Bitte um Intervention beim Staatspräsidenten.

Grober Schwindel.

Wie für die nationalistische Hege Tatsachen gefälscht werden.

Der aus seiner bisherigen Tätigkeit genugsam bekannte polnische Westmarkenverein hat in seiner Werbewoche, die er vom 31. Januar bis 7. Februar d. J. zur Füllung seiner leeren Kassen veranstaltet hat, u. a. auch Propaganda- karten verkauft, die die schlechte Lage der Polen in Deutschland illustrieren sollen. Man sieht auf dieser Postkarte die Dorfschule in Nagladden in Ostpreußen und ein kleines Täfelchen mit der Aufschrift 'Sonabend 11 Uhr' abgebildet. Nach dem Text soll der deutsche Lehrer in Nagladden Schulkindern, die er beim Polnischsprechen trifft, dieses Täfelchen aushängen und das Kind, wenn es an dem angegebenen Tage das Täfelchen noch besitzt, verprügeln. Das Kind kann der Strafe anaesthetisch nur entziehen, wenn es ein anderes Kind beim Polnischsprechen trifft und ihm das Täfelchen übergibt.

Da wir uns die Erforschung der Wahrheit zur Pflicht gemacht haben, sind wir der Behauptung des Westmarkenvereins auf den Grund gegangen und haben folgen- des festgestellt:

In Nagladden, im Kreise Allenstein (Ostpr.), hat tatsächlich der dortige Lehrer ein kleines Täfelchen mit der Aufschrift 'Sonabend 11 Uhr' demjenigen Kinde seiner Schule übergeben, das er polnisch sprechend antraf mit der Weisung, es an ein etwa ebenfalls polnisch sprechend angetroffenes Kind weiterzugeben. Wer am Sonabend um 11 Uhr im Besitz des Täfelchens war, sollte ermahnt werden, sich in Zukunft der deutschen Sprache im Umgang zu bedienen. Wir sehen nicht an, das Verhalten dieses engstirnigen 'Patrioten' als skandalös zu bezeichnen. Die Behauptung auf der Ansichtskarte des Westmarkenvereins, daß das betreffende Kind am Sonabend um 11 Uhr von dem Lehrer verprügelt worden sei, ist aber völlig un- wahr. Ebenso un- wahr ist aber auch der vom Westmarkenverein offensichtlich erweckte Eindruck, daß sich der Vorfall jetzt noch abspielt, denn das fürchtliche Verhalten des Dorfschullehrers in Nagladden liegt bereits 4 Jahre zurück und wurde von seiner vorgesetzten Behörde — gleichzeitig mit einer strengen Verwarnung des betr. Lehrers — seinerzeit sofort abge- stellt.

Da dem Westmarkenverein diese Tatsache nicht unbe- kannt sein kann, liegt in dem jegigen Druck der Karte und ihrem Vertriebe eine bewusste Verleumdung, die im Inter- esse der Vereinigung der nationalen Verhältnisse nicht schari- genn zurückgewiesen werden kann.

In Wirklichkeit wird die polnischsprechende Bevölkerung in Deutschland nicht bedrückt, sondern genießt vollste Frei- heit. Ein kleiner Beweis dafür nur mag sein, daß dem Turnverein 'Sokol' in Berlin = Charlottenburg von der Stadt zu turnerischen Übungen die Stadthalle über- lassen worden ist und daß bei den turnerischen Übungen, die auf dem Hofe der Turnhalle, als alle Passanten sichtbar und hörbar stattfinden, unter Musikbegleitung die polnischen Nationallieder gesungen werden. Wie wäre es, wenn der Westmarkenverein, statt zu heben, eine Postkarte über diesen Vorgang vertriebe?

Die Liquidation von Geburtspolen ist rechtswidrig.

In Nr. 148 des 'Kurjer Poznański' bemüht sich Herr Rafnir Kierki nachzuweisen, daß Polen das Recht habe, die Güter derjenigen Personen zu liquidieren, die die polnische Staatsangehörigkeit auf Grund ihrer Geburt in Polen erworben haben. In diesen rechtlichen Ausführungen im 'Kurjer Poznański' ist zu bemerken:

Es ist richtig, daß für die Liquidation des reichsdeutschen Eigentums in den an Polen abgetretenen Gebieten ausschließ- lich der Vertrag von Versailles maßgebend ist, und zwar Artikel 207b. Danach sind diejenigen Güter, Rechte und Interessen liquidierbar, die am 10. Januar 1920 deutschen Reichsangehörigen gehört haben. Nun haben die sogenannten Geburtspolen nach Artikel 4 des Minderheiten- abkommens, im Gegensatz zu den Personen, die die polnische Staatsangehörigkeit nach Artikel 91 VV. auf Grund ihres Wohnsitzes erlangt haben, die deutsche Reichsangehörigkeit beibehalten und neben dieser die polnische Staatsangehörig- keit hinzugeworben. Sie waren mithin am 10. Januar 1920 polnische Staatsangehörige und zugleich deutsche Reichs- angehörige. Das besagt aber keineswegs, daß ihre Güter, Rechte und Interessen nun auch wie die eines anderen Reichsdeutschen liquidiert werden können, vielmehr schließt der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit die Li- quidation an sich dann aus, wenn der am Liquidationsgegen- stand Berechtigte Reichsdeutscher geblieben ist.

Das folgt zunächst einmal aus Artikel 207b Abs. 3 VV. in- nach deutsche Reichsangehörige, die auf Grund des gegen- wärtigen Vertrages von Rechtswegen die Staatsangehörig- keit einer alliierten oder assoziierten Macht erwerben, nicht als deutsche Reichsangehörige im Sinne des Artikels 207b selbst gelten. Freilich spricht diese Vorschrift nur von einem Erwerbe der alliierten Staatsangehörigkeit auf Grund des gegenwärtigen Vertrages, nämlich des Vertrages von Versailles, während die sogenannten Geburtspolen die pol- nische Staatsangehörigkeit auf Grund des Minderheiten- abkommens erlangt haben. Der Vertrag von Versailles

nimmt aber in Artikel 93 ausdrücklich auf das Minderheiten- abkommen Bezug und erkennt seine Vorschriften damit als Ergänzung des Friedensvertrages an. Da die Vorschriften des Minderheitenabkommens nach Artikel 93 dem Schutz der Interessen der nationalen Minderheiten in Polen dienen sollen, so ist nicht anzunehmen, daß der Vertrag von Ver- sailles diesen Schutz durch den Artikel 207b wieder durch- brechen wolle. Wenn Herr Kierki dieses Argument aus Art. 207b Abs. 3 für wenig überzeugend hält, so überzieht er, daß die einschränkende Vorschrift sich nicht allein in diesem Absatz, sondern auch in Absatz 1 des Artikels 207b findet. Das Liquidationsrecht ist darin nur insofern gewährt, als der Vertrag von Versailles nicht ein anderes bestimmt. Diese andere Bestimmung ist eben Artikel 93, der auf das Minder- heitenabkommen verweist.

Das stärkste und unwiderlegliche Argument für die deutsche Auffassung beruht aber weder auf Absatz 1 noch auf Absatz 3 des Artikels 207b, sondern auf dem zweiten Absatz dieser Vorschrift. Danach erfolgt die Liquidation nach den Gesetzen des beteiligten alliierten oder assoziierten Staates. Das Minderheitenabkommen ist ohne Zweifel ein inner- staatliches polnisches Gesetz, heißt es doch im Ar- tikel 1 dieses Abkommens: 'Polen übernimmt die Ver- pflichtung, daß die in den Artikeln 2-8 des vorliegenden Kapitels enthaltenen Vereinbarungen als Grundgesetz an- erkannt werden, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Amtshandlung in Widerspruch oder im Gegensatz zu diesen Vereinbarungen stehe, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Amtshand- lung ihnen vorgehe.' Nach Artikel 7 des Minderheiten- abkommens sollen alle polnischen Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich sein und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte besitzen. Weiter sollen nach Artikel 8 die polnischen Minderheiten angehörigen polnischen Staats- angehörigen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien genießen wie die an- deren polnischen Staatsangehörigen. Da nun kein Zweifel darüber bestehen kann, daß auch die sogenannten 'Ge- burtspolen' der deutschen Minderheit in Polen zuzu- rechnen sind, so schließt das Minderheitenabkommen die Liquidation ihrer Güter aus. Gleichgültig ist dabei, ob die Eigentümer der fraglichen Güter die polnische Staats- angehörigkeit noch besitzen oder ob sie diese auf Grund von Artikel 7 des Minderheitenschutzabkommens nachträglich wieder verloren haben. Allein maßgebend für das Li- quidationsrecht ist die Staatsangehörigkeit am Tage des In- krafttretens des Vertrages von Versailles. Ein an diesem Tage erworbenes Liquidationsrecht kann wohl nachträglich wieder verloren gehen; niemals aber kann ein Liquidations- recht, das an diesem Tage nicht bestand, nachträglich zur Ent- fahrung gelangen.

Im übrigen folgt die Richtigkeit der deutschen Auf- fassung auch aus dem Wiener Abkommen vom 30. August 1924, denn der Zweck dieses Abkommens war in erster Linie, diejenigen Personen, deren polnische Staats- angehörigkeit für den 10. Januar 1920 anerkannt wird, vor der Liquidation zu schützen. So allein er- klären sich die Bestimmungen der Wiener Konvention über die 'Geburtspolen', die ihnen unter bestimmten Umständen den vorübergehenden Erwerb der polnischen Staatsange- hörigkeit auf kurze Zeit zugestehen und sie diese nachträglich wieder verlieren lassen, anstatt sie von vornherein als aus- schließlich deutsche Reichsangehörige zu behandeln.

Die Reformabteilung des Völkerbundes.

Genf, 11. Mai. (P.M.) Gestern vormittag 11 Uhr trat hier die Kommission zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der Frage der Umbildung des Völkerbundes zu beschäftigen hat. Polen wird vertreten durch Minister Sokal, Deutschland durch den deutschen Botschafter in Paris von Dösch. Die Kommission wählte zu ihrem Vor- sitzenden den schweizerischen Bundesrat Motta. Auf An- trag des englischen Delegierten Lord Robert Cecil werden die Sitzungen grundsätzlich öffentlich sein.

In der gestrigen ersten Sitzung erklärte Lord Robert Cecil im Namen der englischen Regierung, daß sich Eng- land jeder radikalen Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundes widersetze. Man dürfe lediglich vernün- ftige und allmähliche Änderungen einführen. Scialoja, der Vertreter Italiens, erklärte, man müsse den Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Rats- mitgliedern beibehalten. Er betonte ferner, daß man un- bedingt an dem Grundsatz der Einstimmigkeit der Rats- beschlüsse festhalten müsse. Er sprach sich schließlich für eine Erweiterung des Rats aus, jedoch nur um zwei bis drei Sitze. Papatios, der Vertreter Spaniens, wies ebenfalls auf die Bedeutung der Einstimmigkeit im Rat hin. Guani, der Vertreter Uruguays, meinte, daß die Staaten Südamerikas von Anfang an die Unterscheidung der ständigen und der nichtständigen Mitglieder des Rats bekämpft hätten; trotzdem wolle er im gegenwärtigen Augen- blick nicht für eine Beseitigung dieser Unterscheidung auf- treten.

In der Nachmittagsitzung zählte Lord Cecil die Punkte auf, mit denen sich die Kommission zu befassen hat: Die Zeit- dauer der Mandate der Ratsmitglieder, ob alle Ratsmit- glieder einstimmig gewählt werden sollen, die Möglich- keit einer Wiederwahl der Ratsmitglieder, ob das System der Proportionalität beibehalten werden soll, die Zahl der nichtständigen Mitglieder und ob diese vergrößert werden soll.

Hindenburg zur Flaggenfrage.

Der deutsche Reichspräsident hat am Sonntag abend an den Reichskanzler nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die zweite Verordnung über die deutschen Flaggen vom 5. Mai 1926 ist in der Öffentlichkeit erheblichen Mißver- ständnissen begegnet. Die ahen- und wirtschafts- politischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Ge- staltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutsch- tum bei öffentlichen Anlässen. Dem stand im Aus- lande unter besonders schweren Begleitumständen der un- seltige Flaggenzwist hindernd im Wege. Diesem Uebelstand soll durch die Verordnung vom 5. Mai d. J. ab- geholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Ver- fassung bestimmten Nationalfarben zu befestigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggen- frage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln.

Weiter hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Öffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. Hier in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen verjüngenden Ausweg zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Werdegang und der Ge- schichte des Reiches gerecht wird, ist mein innigster Wunsch.

Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur geeigneten Stunde sowohl mit den entscheidenden Faktoren im Reich als auch mit den von dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklich zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich und einig und das selbe Symbol seines staatlichen Daseins schaut.

Mit der Versicherung meiner hohen Verehrung und mit freundlichen Grüßen bin ich
Ihr sehr ergebener
aca. von Hindenburg.

Man glaubt in Kreisen der Reichsregierung, ein Kom- promiß etwa dahin herbeizuführen, daß die schwarz-rot- goldene Geiß der Handelsflagge erheblich vergrößert wird. Auch Hindenburg soll den Vorschlag gemacht haben, das schwarz-rot-goldene Geiß so zu vergrößern, wie etwa das Geiß mit den Sternen in der Fahne der nordamerikanischen Union. Das aber ist auf dem Verordnungswege nicht mög- lich, denn in der Reichsverfassung steht wörtlich, daß die Farben der Handelsflagge schwarz-weiß-rot sind. Ein anderer Vorschlag ging dahin, die Handelsflagge in der Mitte mit einem Schild in den Farben schwarz-rot- gold zu versehen.

Die Lage in England unverändert.

London, 11. Mai. (P.M.) Die Streiklage hat auch gestern eine Veränderung nicht erfahren. Auf Grund des Gesetzes über die Ausnahmemaßnahmen verhaftete die Polizei zwei Arbeiterführer. Das Angebot, sie vorläufig gegen Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

Wie die 'Times' erfahren, wandte sich der Kongreß der Trade-Unionen an die irländischen Trade-Unionen mit dem Ersuchen, die Lebensmittelversorgung Englands wäh- rend der Streikdauer nicht anzulassen. Die Folge einer derartigen Anordnung wäre die vollkommene Unterbindung der Zufuhr aus Irland. Auf Grund dieses Ersuchens ist der Hafen von Dublin außer Betrieb gesetzt. Die Schiffe mit Getreideladungen wurden angehalten. Außer den 'Times' erschienen allmählich in London in kleinerem For- mat auch andere Zeitungen. Der Autobus- und Eisenbahn- verkehr in London und Umgegend hat seit gestern früh bedeutend zugenommen.

Im Laufe des Sonnabend hielten die Streikenden in verschiedenen Gebieten des Landes eine Reihe von Ver- sammlungen ab, wobei die Ruhe nirgendwo gestört wurde. In ganz England, in Wales und in Schottland wur- den im Verlaufe der letzten 48 Stunden kaum zwölf Per- sonen verhaftet, denen man vorwirft, zu Unruhen ange- regtet zu haben. Die Lebensmittelzufuhr ist sichergestellt, weder die Engros- noch die Detailpreise wurden erhöht. Die Zahl der Streikenden wurde dadurch erhöht, daß auch not- gedungen die Mühlen und die Fabriken in den Industriebezirken stillgelegt werden mußten, wo sich die Vorräte an Rohmaterial und Brennstoffen erschöpft hatten.

Wo ist der Angeklagte?

Das geheimnisvolle Verschwinden eines Angeklagten aus dem Gerichtssaal.

Krakau, 10. Mai. Seit dem 4. d. M. ist im hiesigen Militärgericht ein Prozeß gegen den ehemaligen Militär- beamten Dskar Hoffe und den Hauptmann Swie- rowski im Gange, die der Spionage angeklagt sind. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt.

Am vierten Verhandlungstage ereignete sich ein sensationeller Zwischenfall, mit dessen Aufklärung sich die Unter- suchungsbehörden beschäftigen. Wie immer, erschien auch an diesem Tage der Angeklagte Hoffe vor 9 Uhr vormittags, gab im Gerichtssaal seine Oberleitung ab und entfernte sich hierauf aus dem Verhandlungsraum. Seit der Zeit ist jede Spur von ihm verloren. Sein geheimnisvolles Ver- schwinden umgibt ein dichter Schleier. Man kann, wie der 'Zukunftswort' Kurjer 'Goszienn' annimmt, schwer an die Flucht eines Menschen glauben, der sich vier Jahre lang auf freiem Fuß befand, die Behörden stets über seinen Aufent- haltort benachrichtigte und selbst die beschleunigte Durch- führung des Verfahrens beantragt hatte, da er schon vor vier Jahren vom Gericht freigesprochen worden war. Gegen dieses Urteil wurde seinerzeit Berufung eingelegt. Bei der jetzigen Verhandlung soll sich nichts ereignet haben, was seine Flucht hätte rechtfertigen können. Hervorzuheben ist, daß Hoffe sich vor dem Verreten des Gerichtssaales am vierten Verhandlungstage über allgemeine Sachen unter- hielt, vollkommene Ruhe an den Tag legte und dann den Saal verließ, um nicht wiederkzukehren. Die Untersuchung dürfte jedenfalls nicht in diese Sache bringen.

Der Flug zum Nordpol.

Nach einer ausführlichen Meldung der 'Chicago Tri- bune' aus Oslo hat Oberleutnant Byrd bei seinem Flug zum Pol 15 1/2 Stunden hin und zurück gebraucht. Zuerst machte ein kleiner Curtis-Apparat einen Erkundungsflug, dann stieg das Riesens-Fokkerflugzeug auf, in dem sich Oberleutnant Byrd und der Pilot Bennett in Be- gleitung eines kleinen Terriers befanden.

Die Amundsen-Expedition nahm, wie das Blatt weiter meldet, den Erfolg Byrds rubig auf. Amundsen erklärte, daß er kein besonderes Interesse daran habe, der erste zu sein, der den Pol überfliege, sondern daß er vielmehr an der wirklichen Durchführung eines Fluges über den Pol hinaus interessiert sei.

Oberleutnant Byrd wurde von der amerikani- schen Flotte am 20. März für den Nordpolflug beurl- aubt. Am 5. April trat er den Flug von Amerika nach Spitzbergen an, wo er sein Hauptquartier aufschlug und eine Reihe von vorbereitenden Flügen unternahm. Oberleut- nant Byrd war an der Mac-Millan-Expedition des ver- gangenen Jahres als Flugzeugspezialist beteiligt. Das Flugzeug, in dem er den Nordpol erreicht hat, ist ein Dreiz- gänger aus dem Jahre 1916 als Flugzeugspezialist beteiligt. Das Flugzeug war mit einem Radio-Apparat versehen und hatte Lebensmittelvorräte für drei Wochen an Bord.

Sie haben es nicht mehr nötig
wie in der Kriegszeit, gebrannte Gerste (auch 'loser Malzkaffee' genannt) die keinen Nährwert besitzt und infolgedessen in jedem Falle zu teuer bezahlt wird, zu trinken. Der echte Kathrein's Kneipp Malzkaffee ist schon lange wieder in alter Friedensqualität überall zu haben.
Der Gehalt macht's
4602

Widerstand der Riffablen.

Die spanisch-französische Offensive in der Gegend von...

Ein spanischer Flieger wurde heute hinter den...

Die „Freiheit“ der nationalen Minderheiten

Der Warschauer „Robotnik“ wiederholt eine Meldung...

Table with 4 columns: ukrainische, polnische, ukrainische, ukrainische. Rows show class types and counts.

Das Blatt schließt daraus, daß das ukrainische Schul...

(Über das deutsche Schulwesen in unserem Teilgebiet...

Republik Polen.

54 Kommunisten in Warschau verhaftet. Warschau, 8. Mai...

Nus Stadt und Land.

Unsere Eisheiligen. Im allgemeinen gibt es nur drei Eisheilige...

Der Wasserstand der Weichsel betrug heute 9,30 Uhr...

Der Wasserstand der Weichsel betrug heute 9,30 Uhr... Der Banknotentausch...

Der Gefangenverein Bromberg-Ost beging dieser Tage...

Nicht auf Steine setzen! Die Eltern sollten jetzt und...

Diebstähle. Die Haushälterin Julia Janicka, Brädelestraße 2...

Bereine, Veranstaltungen u.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, I. a. Die heilige Johanna, Bernhard Schaw's neue und größte Dichtung...

Am 12. Mai, um 12 Uhr mittags, findet im Lokale „Aedua“...

In Kürze erscheint Heft 5 der Deutschen Blätter in Polen...

* Deutschen (Zbaszow), 9. Mai. Bei einem Einbruch...

in Gaski, Kr. Inowroclaw, 10. Mai. In der Nacht zum...

in Inowroclaw, 11. Mai. Am Mittwoch fand hier ein Vieh...

* Ratel (Raklo), 11. Mai. Ein Einbruch ist heute in...

* Polen (Poznań), 10. Mai. Die zweite internationale...

* Polen (Poznań), 8. Mai. Gegenwärtig wird die Fassade...

Räume von einer höheren Mädchenschule eingenommen, der...

* Weizenhöhe (Wieloskowie), Kreis Birsch, 11. Mai. In...

Aus Kongregpolen und Galizien.

* Rabomsko, 8. Mai. Ein heldenmütiges Mädchen...

* Sieradz, 9. Mai. Ein rätselhafter Schuß. Unweit...

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen...

I. I. in W. Die Frage der Aufwertung bietet in dem...

S. F. in A. Die 2000 Mark hatten nur einen Wert...

M. F. in D. Für die Sonntagstunde im Gewerbebetriebe...

A. S. 17. 1. Sie brauchen zur Aufstellung des Windmote...

M. M. in Godyiska. 1. Die Aufwertung erfolgt in der...

S. S. in Solec. 1. Aus Ihrer Anfrage ist nicht ersichtl...

Richard E. in D. 1. Uns scheint die neuerliche Berechn...

R. R. Wenn in dem ersten Prozeß durch Urteil die Begrü...

Daukschriftsteller: Gottfried Starke; verantwortlich für...

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich...

Bromberg, Mittwoch den 12. Mai 1926.

Pommerellen

Besichtigung von Rindvieh, Schweinen und Schafen.

Um die Landwirte für die Zucht mehr anzuregen und zu interessieren, veranstaltet die Pommer. Landwirtschaftskammer im laufenden Jahre Besichtigungen von bäuerlichem Rindvieh, Schweinen und Schafen...

11. Mai.

Graudenz (Grudziadz).

A. Von der Weichsel. Am Montag dampfte ein Seitendampfer mit drei großen Fahrzeugen im Schlepptrom auf. Der Stromdampfer ist noch oberhalb der Eisenbahnbrücke beschäftigt.

* Die Deutsche Bühne Graudenz hatte sich am vergangenen Sonnabend, 8. d. M., bei einem Wohlthatigkeitsfest des Frauenvereins Jabolowo mit einem Gauckspiel selbstlos zur Verfügung gestellt.

i. Unterhaltungsabend. Seit längerer Zeit veranstaltet die Deutsche Höhere Privatschule in Graudenz in etwa monatlichen Zwischenräumen Unterhaltungsabende...

h. Straßburg (Prodnica), 9. Mai. Zwei Kinder vom Ertrinken gerettet hat am letzten Freitag der Gärtner Roman Marzewski vom Amtsgut Straßburg (Jamez-Prodnica).

a. Selbstmord. Am Sonnabend beging ein Unteroffizier Selbstmord. Er erhängte sich. Über die Ursache der Tat ist Genoves noch nicht bekannt.

a. Großer Diebstahl. In der Sonntagsnacht wurde in dem Schnittwaren- und Konfektionsgeschäft von Kieme ein schwerer Diebstahl verübt.

* Verhaftet wurde ein 50jähriger Mann namens W., der auf dem Schloßberge sich an einem 13jährigen Mädchen zu vergehen versucht hat.

Vereine, Veranstaltungen u.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Graudenz hält am Freitag, den 14. d. M., seine Hauptversammlung ab.

Thorn (Torun).

-dt Aus dem Jahresabschluss des städtischen Elektrizitätswerkes (1925) geht hervor, daß im Laufe des verfloßenen Jahres das Gebäude des Elektrizitätswerkes in der Schulstraße 26 (Sienkiewiczza) nach Osten um ca. 5000 Quadratmeter erweitert wurde.

-dt Der nächste Schweinemarkt findet wegen des Himmelfesttages bereits am Mittwoch, 12. Mai, statt. * -dt Vom Stadtpark. Neue Gänge sind im Westen des Parkes angelegt worden.

* Auf frischer Tat verhaftet wurde bei Verübung eines Einbruchs in die Wohnung des Landeshauptmanns Dr. Wysocki der 48jährige B. - Einem Herrn wurde von einer Helena S. ein silbernes Zigarettenetui im Werte von 180 z gestohlen.

* Dirschau (Tczew), 10. Mai. Die Weichselvertiefungsarbeiten bei Dirschau aufgeschoben? Bekanntlich hatte das polnische Arbeitsministerium versprochen, zur Durchführung der für eine ununterbrochene Benutzung des Dirschauer Weichselhafens als Seehafen notwendigen Vertiefung des Weichselbettes unterhalb Dirschau 170 000 z zur Verfügung zu stellen.

h. Straßburg (Prodnica), 9. Mai. Zwei Kinder vom Ertrinken gerettet hat am letzten Freitag der Gärtner Roman Marzewski vom Amtsgut Straßburg (Jamez-Prodnica).

brach ein Brand in der Wohnung der Frau Anastasia Maczkowski in Szczuka aus. Das Wohnhaus brannte gänzlich nieder.

Rundschau des Staatsbürgers.

Welche Steuern sind im Mai zu bezahlen?

Das Finanzministerium erinnert die Steuerzahler daran, daß im Monat Mai folgende wichtigsten direkten Steuern fällig sind:

1. Vom 1. bis 31. Mai die Steuer betr. häusliche Immobilien und einige Landimmobilien für das erste Viertel des Jahres 1926.

2. Bis zum 15. Mai die staatliche Gewerbesteuer für das zweite Halbjahr 1925, die in den Zahlungsaufforderungen bzw. in den Namenslisten der Steuerzahler angegeben ist.

3. Bis zum 15. Mai die monatlichen Einzahlungen der Gewerbesteuer von dem im Vormonat erzielten Umsatz bei Handelsunternehmen der 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen der 1.-5. Kategorie, die genau Buch führen.

4. Die Einkommensteuer von den dienstlichen Bezügen, Pensionen und Aufwandsentschädigungen muß sieben Tage, vom Tage des Steuerabzuges gerechnet, abgeführt werden.

5. Vom 1. bis zum 31. Mai ist der weitere Teil der Differenz der Vermögenssteuer zwischen den drei endgültigen Raten dieser Steuer und den vorläufige provisorisch bewirkten Raten und Vorschüssen fällig, wovon die Steuerzahler durch Vermittlung der Gemeindevorstände und Presseberichte benachrichtigt worden sind.

Für ländliche Hausbesitzer, die von der Stundung der Vermögenssteuer bis zum 1. Januar 1926 Gebrauch gemacht hatten, läuft der Zahlungstermin des zweiten Teils der Steuer am 15. Mai d. J. ab.

Überdies sind diejenigen Steuern zu entrichten, bezüglich derer die Steuerzahler Zahlungsaufforderungen mit dem Zahlungstermin im Monat Mai d. J. erhalten haben.

Wochenbericht der Warschauer Börse.

Warschau, 9. Mai. Die Regierungskrise hat auf die Entwicklung des Geldmarktes in der vergangenen Woche natürlich einen sehr großen Einfluß ausgeübt.

Der tägliche Umsatz an der Börse stellte sich auf rund 400 000 Dollar. Anfangs gab die Bank Polsti ausländische Währungen ohne Begrenzung ab, als aber gegen Schluß der Woche die Nachfrage immer größer wurde, begann die Bank Polsti die Abgabe wieder zu begrenzen.

In den ausländischen Börsen wurde der Goldpreis folgend notiert: Danzig am 30. 4. mit 49,90, am 7. 5. mit 49,06; Berlin: Wochenanfang 40,50, Wochenende 39,50; Zürich: Wochenanfang 51,50, gegen Mitte der Woche stieg man auf der Züricher Börse den 30m; New York: Wochenanfang 10,50, Wochenende 10,25; London: 50 zu Wochenanfang und zu Wochenende; Wien: Wochenanfang 69,00, Wochenende 66,10; Prag: Wochenanfang 319,5, Wochenende 318,25.

Infolge der Erhöhung der Kurse der ausländischen Währungen bildete sich eine lebhafte Nachfrage nach staatlichen Anleihen heraus, und zwar hauptsächlich nach Anleihen in feiner Valuta. Das Angebot war jedoch sehr gering.

Auf dem Aktienmarkt war die ganze Woche über wenig Verkehr zu beobachten. Nur gegen Wochenende wurden einige wenige Werte gesucht. Es gewannen Bank Diskontowa 2,7 Proz., Bank Polsti 1,5 Proz., Warszawski Cukier 10 Proz., Warsz. Węgiel 4,6 Proz., Nobel 3,7 Proz., Norblin 13 Proz., Rudaki 10 Proz., Lipop 12,5 Proz., Starachowice 7,2 Proz., Zawiercie 3,4 Proz., Byrdardow 5,3 Proz., Ostrowiec verloren 1 Proz. Ohne Veränderung blieben: Bank Handlowy, Bank Zachodni, Bank Speleł Zarobkowy, Chodorow und Modrzewow.

Verlangen Sie überall auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die Deutsche Rundschau.

Thorn.

In sehr guter Lage in Torun-Mokre gelegene 2 Gartengrundstücke unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Männergefängnisverein Thorer Liedertafel c. B. Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrt) im Deutschen Heim:

Konzert. Anfang 7 Uhr morg. Eintritt frei. Der Vorstand.

Unterricht in Französisch und Klavier erteilt Adamska, langjährige Lehrerin, Torun, Sutfienicza 2, II. Et. 2862

Gutes Klavier zu kaufen gesucht. Bydgoska 52, part., Iks.

100 Ztr. Speisekartoffeln (Magnum bonum) hat abzugeb. S. Zapper Wielka Zlawies.

Laden

in best. Geschäftslage Torun's, groß, hell, mit groß. Schaufenster, evtl. mit trockenen, hellen Kellerräumen von sofort zu vermieten.

Angebote unt. B. 3676 an Ann.-Exp. Wallis, Torun.

Airch. Nachrichten. Donnerstag, d. 13. Mai 26 (Simme-fahrt).

Bodgorz. Form. 3 Uhr: Gottesdienst.

Rudal. Form. 10 Uhr: Gottesdienst.

Graudenz.

Haus- und Grundbesitzerverein Graudenz Hauptversammlung. Freitag, am 14. d. Mits., abends 6 Uhr im Goldenen. Wichtige Tagesordnung wird in der Verammlung bekanntgegeben.

Melodia. Himmelfahrts-Ausflug zu unierem Mitgliede Schmidt, Gatzh., zu welchem Mitglieder u. Gäste nebst Angehörigen eingeladen werden.

Der Vorstand. Stuhldreer, 2. Vorstz.

Der Vorstand. A. Stuhldreer.

Liedertafel Graudenz

Himmelfahrtstage Donnerstag, 13. 5. 26 6 Uhr morgens im Tivoli

Früh-Konzert (Instrumental- und Vokalkonzert) - Eintritt frei - Jeder Freund des deutschen Liedes ist herzlich willkommen

Der Vorstand J. A. Hein 504

Airch. Nachrichten. Donnerstag, d. 13. Mai 26; (Himmelfahrt).

Modrau. Form. 10 Uhr Gottesdienst u. Abendmahl. - Sonntag, vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Rikwalde. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, danach Abendmahl.

Klodden. Sonntag, d. 16. 5., nachm. 4 Uhr: Gottesdienst.

Ronik. Donnerstag, d. 13. Mai 26, (Himmelfahrt).

Landarmen - Anstalt. Form. 8 Uhr Gottesdienst. Dreifaltigkeits-Kirche. Form. 10 Uhr Predigt-gottesdienst, dan. Abendmahlfeier.

Sonntag, den 16. Mai 26, (Egaidi) Form. 10 Uhr Predigt-gottesdienst - Laufen.

Culmsee.

Rechtsbüro!

Nach Austritt aus dem Verwaltungsdienst, habe ich in Chelmza, Toruńska 11/12, 1 Treppe, ein Rechtsbüro eröffnet

u. erteile Rat in sämtl. Gerichts- u. Verwaltungsstreitsachen als: Zivil-, Vormundschafts-, Straf-, Wohnungs-, Konkurs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs-, Grundbuchsachen usw.

Ferner werden in meinem Büro aller Art Kauf-, Tausch-, Pacht-, Genossenschaftsverträge, Klagen, Beschwerden, Anträge, Reklamationen usw. gefertigt.

Nach über 20-jähriger Tätigkeit im Justiz- u. Verwaltungsdienst bin ich in der Lage, allen Anforderungen der verehrten Bürger von Stadt und Umgegend zu entsprechen.

Hochachtungsvoll Józef Konrad Rosiński Bürgermeister a. D.

langjähriger Chef von Rechtsanwalts- und Magistratebüros im ehemaligen preußischen Teilgebiet. 6079

